

Interpellation Nr. 2 (Februar 2016)

16.5013.01

betreffend Folgen für den Kanton Basel-Stadt einer Annahme der Durchsetzungsinitiative

Am 28. Februar 2016 entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die sog. Durchsetzungsinitiative, welche die Ausschaffung von "kriminellen Ausländern" verlangt. Die Vorlage wird unter verschiedenen Aspekten äusserst kontrovers diskutiert. Neben staats- und menschenrechtlichen Problemen werden unter anderem auch negative wirtschaftliche Folgen bei einer Annahme befürchtet. Da unsere Region in besonderem Masse auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist, bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

Welche direkten und indirekten finanziellen Auswirkungen und welche direkten und indirekten sonstigen Folgen hätte die Annahme der Initiative für unseren Kanton und die Region Nordwestschweiz?

Andrea Elisabeth Knellwolf